

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

107 (13.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 85 Pfg., durch den Briefträger ins H. u. gebracht, 1.37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beizelle oder deren Raum 25 Pfg., Restanten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Redaktion: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Restanten: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Nicht gut aufgelegt

Scheinen zurzeit die Führer der badischen Sozialdemokratie zu sein. Neben dem Zentrum, das es ja bekanntlich den Herren nie recht machen kann, bekommen die Nationalliberalen die Mißstimmung zu kosten. Die Reden des nationalliberalen Parteichefs, aus denen die Genossen annehmend eine Rechtsbrechung des nationalliberalen Standes herauslesen, haben die letzteren nervös gemacht. Aber es ist doch von Obenher gewiß nicht so böse gemeint. Die Sozialdemokraten sollen doch nur abwarten. Auch im Jahre 1905 haben sich die Nationalliberalen vor der Hauptwahl ja beinahe verschworen, daß ein Pattieren mit der Sozialdemokratie unmöglich sei und nach dem 19. Oktober hat man sich doch gefunden. Jetzt heißt es eben noch „grüß mich nicht unter den Linden“; ist die Hauptwahl 1909 vorbei, „dann wird sich schon alles finden“. Aber die Genossenführer empfinden die Rolle, die ihnen zugeadelt ist, noch etwas unangenehm und deshalb bauen sie von Zeit zu Zeit fröhlich los. Und so treffen wir im „Volksfreund“ vom 11. Mai Nr. 108 unter der anmutigen Ueberschrift „Der sterbende Nationalliberalismus“ eine Sammlung von Lebenswirdigkeiten, wie sie der „Volksfreund“ ab und zu seinem Großblodfreund widmet. Besonders böse ist Kolb — denn er ist dem ganzen Tone nach der Verfasser des Artikels — auf die Jungliberalen zu sprechen. Und so urteilt er zunächst im allgemeinen über sie:

„Die Jungliberale Bewegung, die die alte nationalliberale Partei mit frischem Blute erfüllen sollte, verlor rasch ihre tüchtigen Kräfte. Niemand hat auf die Dauer Lust, im Namen der „Kultur“ und der „Geistesfreiheit“ zu kämpfen und dabei in Wahrheit die Geschäfte der Nationalliberalen zu besorgen. Wenigstens mag das kein Ehrlicher! So klagt denn der Jungliberale Verein zu Köln, von wo die Jungliberale Bewegung in Norddeutschland ausging, beweglich über den „Mitteldeutschen“ und die ungläubigen Interessentengruppen des zurückgebliebenen Meises. Die paar Anführer in der liberalen Jugend haben den Nationalliberalen längst den Rücken gekehrt und sind zu den Kartellparten übergegangen.“

Das ist klarer Lakaf. Kein Ehrlicher hat auf die Dauer Lust, die Geschäfte der Nationalliberalen zu besorgen! Die paar Anführer haben den Nationalliberalen den Rücken gekehrt! Was meinen die Jungliberalen dazu? Was meinen aber auch die sozialdemokratischen Führer dazu, die im Namen der Kultur und der Geistesfreiheit sich mit den Nationalliberalen verbunden und ihre Geschäfte besorgen? Hat sich der „Volksfreund“ darüber keine Gedanken gemacht? Und wenn doch, gehören diese Führer dann doch zu den „Ehrlichen“?

Doch Kolb fährt fort:

„In Baden haben die Jungliberalen vor einigen Jahren einen Anlauf genommen, die nationalliberale Partei nach links zu dirigieren. Das Manöver ist aber gründlich mißglückt, statt nach links, ist die nationalliberale Partei nach rechts abgewandert und die Jungliberalen haben die Schwanzfahne, wenn auch unter andererlei „Protesten“, mitgemacht.“

Glaubt das Kolb wirklich? Ist er tatsächlich der Ansicht, die nationalliberale Partei sei nach rechts abgewandert? Wir glauben es nicht und halten die ganze Redeerei von der Rechtsabweichung für eine Komödie, bestimmt, gewissen Kreisen Sand in die Augen zu streuen. Und die Tatsachen werden uns recht geben.

Ueber die Führer der Jungliberalen meint Kolb:

„Eine Führung schwänkt der Jungliberalismus wie das Schilfrohr im Wind hin und her. Seine Führer haben weder die nötige Energie, noch die erforderliche politische Reife, um aus dem Lohwobohu, in dem sich die nationalliberale Partei Badens befindet, einen züchtigeren Weg zu finden. Vor dem Sturz der Partei haben sie die „Opposition“ der Jungliberalen wie die Butter vor der Sonne.“

Es ist kein Zufall, daß der Jungliberalismus aufstrebte, nur, hervortragende tüchtige Führer zu erzeugen begann, daß dort, wo der Zufall ihm ein solcher Führer geschenkt hatte, dieser schon nach kurzer Zeit dem Jungliberalismus den Rücken kehrte. In Baden hat der Jungliberalismus sich als völlig unfähig erwiesen, wirklich tüchtige politische Persönlichkeiten hervorzubringen. Was unter Jungliberalen Bewegung Badens eine Führerrolle spielt, ist platteste politische Mittelmaßigkeit, politische Faselhanseln, die nicht einmal der Nationalliberalen, geschweige dem politischen Jungliberalen beizulegen waren, eine politische Mission zu übernehmen und zu erfüllen, haben sie jämmerlich verfehlt.“

Wie mag das den Herren in die Ohren klingen. Den Führern fehlt an Energie, an politischer Reife. Was eine Führerrolle spielt, ist platteste politische Mittelmaßigkeit. Aber Herr Kolb! Denken Sie an Herrn Stadtrat Böhm, Senograph Frey, Landgerichtsrat Huberer, Oberamtsrichter Koch, Kenner usw.: platteste politische Mittelmaßigkeit, trotzdem gerade von Jungliberaler Seite betriebenen Anschlusses an die Sozialdemokratie. Das ist aber arg undanbar, politische Faselhanseln, die Tätigkeit der Männer, die im Schwerte ihres Angefichts den badischen Staat vor

der ultramontanen Umbauung retten wollen. Und Sie fügen den Kapfern noch folgende schöne Charaktereigenschaft nach:

„Was heute sich noch als Jungliberal geriert, ist der Nationalliberalismus, vertreten durch Leute, die das 40. Lebensjahr noch nicht, oder wenn sie es erreicht haben, sich „jungliberal“ betätigen, weil sie im nationalliberalen Verein nicht die Rolle spielen könnten, die sie als „politische Führer“ bei den Jungliberalen postfieriich markieren.“

Also politische Streber, die „postfieriich markieren“. Wir gestehen, wir fühlen beinahe etwas wie Mitleid mit den „Leuten“. Aber Herr Kolb muß sie besser kennen. Wahrlich, eine schöne Charaktereigenschaft!

Wer nun aber glauben sollte, das rege die Jungliberalen auf, der irrt sich. Sie wissen, daß all die oben geschilderten Eigenschaften die sozialdemokratischen Führer nicht abhalten werden, mit ihnen doch im gegebenen Augenblick Hand in Hand zu gehen. Sie wissen, daß die badische Sozialdemokratie mit den politischen Unreife, den plattesten Mittelmaßigkeiten doch in der Stunde der Not gemeinsame Sache machen wird. Und die jetzt so übel gelaunten sozialdemokratischen Führer werden der „in der öffentlichen Meinung ständig zurückgehenden Partei der Prinzipienlosigkeit“ auch bei der Stichwahl 1909 die Wigel halten und sie vor dem vollständigen Niedergang bewahren. Deshalb sind die obigen Grobheiten nicht so tragisch zu nehmen. Sie seien aber festgehalten, denn dem politischen Gegner geben sie ein kleines Bild über das, was sich die Sozialdemokratie den Nationalliberalen gegenüber erlauben darf, ohne an Bindnisfähigkeit zu verlieren. Nannte doch der „Volksfreund“ im Jahre 1905 (Nr. 116) den Nationalliberalismus einen „Kadaver“, der wert ist, „so schnell als nur irgend möglich aus dem Wege geräumt und verscharrt zu werden“. Und trotzdem fanden sich die Herrschaften im Oktober 1905. Und so werden sie sich auch 1909 wieder finden, trotz — oder gerade wegen — der obigen Lebenswirdigkeiten; denn: was sich liebt, das necht sich.

Deutschland.

Berlin, 13. Mai 1909.

Der Streit um den Kanzler. In dem heutigen vollstündigen Wirtmar ist Bülow heiter in seinem Schlosse, als gehe ihm die ganze Sache nichts an. Als der Reichstagspräsident ihm zu seinem 60. Geburtstag gratulierte und hinzufügte, daß jeder im Parlament nichts vorangehe, meinte er siegesbewußt, daß in drei Wochen die ganze Reform unter Dach sei. Einen solchen Optimismus kann nur bekunden, wer von der ganzen Reform nichts versteht. Denn selbst wenn eine Mehrheit vorhanden ist, muß sie doch die Geleise in den Einzelheiten durcharbeiten und sie muß besonders die Einzelheiten unter die Lupe nehmen. Dafür reichen jedoch drei Wochen nicht aus. Man kann also annehmen, daß der Reichskanzler mit einer Wähltagzahlung einverstanden ist und vielleicht jetzt an 200 Millionen Mark genug hat. Die Durchführung des Restes überläßt er dann seinem Nachfolger.

Denn von dem Nachfolger ist wieder sehr viel die Rede. Die „Grenzboten“ glauben, daß dieser dieselben Wege wandeln müsse, wie der heutige Reichskanzler, da die Vorschläge, die der Reichskanzler dem Reichstage gegenüber zu vertreten hat, selbst Kompromisse der Regierung und Bundesstaaten seien und in so engen Beziehungen zu den staatsrechtlichen Notwendigkeiten im Reiche stünden, daß auch ein Kanzlerwechsel nicht immer gestatte irgendwelchen Parteien zuliebe andere Wege einzuschlagen. Die Frage lautet längst nicht mehr: Kann oder will Fürst Bülow die Reichsfinanzreform ohne Erweiterung der Erbschaftsteuer machen? — sondern sie lautet: Können die verbündeten Regierungen noch die Forderung einer erweiterten Erbschaftsteuer lassen? Es könnte nur eine Antwort darauf geben: „Sie können es nicht mehr, mag Reichskanzler sein, wer will.“ Dem widerspricht aber die alldutsche „Abein. Westfal. Ztg.“: „Das scheint uns denn doch eine zu akademische Erörterung zu sein; praktisch kann es sehr wohl anders kommen. Wir wünschen uns nicht einen neuen Kanzler, wir glauben aber, daß einer Reichstagsauflösung ein Kanzlerwechsel vorzuziehen sei, und müssen dem „Grenzboten“ widersprechen. Wenn es schon dem Kanzler niemand verwehren könnte, seinen bisherigen Standpunkt aus praktischen Gründen aufzugeben, um wie viel mehr wäre ein Nachfolger in der Lage, einen anderen Weg einzuschlagen.“ Das alldutsche Blatt hat ganz recht. Fürst Bülow war 1906 ein „Freund des Zentrums“, seit 1906 ist er dessen Gegner; Fürst Bülow war 1906 ein Gegner der Nachlasssteuer, heute fordert er diese. Wie oft schwankte er in der Marokkofrage? Also der heutige Reichskanzler ist schon zu oft umgefallen, daß es auf einen Umfall mehr nicht viel ankommt; zurechtfindet aber ist, daß ein neuer Reichskanzler ganz anders vorgehen könnte; denn er trägt weder das Weigenicht des Blod an den Füßen, noch ist er an das heutige Regierungsprogramm gebunden. Doch braucht es vorerst zu einem solchen Wechsel gar nicht zu kommen; der Reichskanzler hat nur dafür zu sorgen, daß er Geld

in die Reichskasse erhält und eine Mehrheit hierfür ist vorhanden.

Als diesen Auslassungen geht nur hervor, daß das einzige Hindernis der Reform in der heutigen Stellung des Reichskanzlers liegt. Dieser läßt sich zwar als Förderer des Werkes antelegraphieren; er sucht auch im Reichstage den Eindeutigkeit, fährt scharfe Kanonen gegen die Konserwativen auf, brüskiert das Zentrum, hält dann wieder feierliche Reden usw. und sieht gar nicht, daß er und nur er allein das Hindernis ist. Aber nicht seine Person, sondern seine Stellungnahme. Er gebe die Erbschaftsteuer preis, da sie doch keine Mehrheit hat; er schlage gute und ausreichende Ersatzsteuern vor und das Geschäft kann gemacht werden, während jetzt nur auf der Stelle getreten wird und man nicht vorankommt. An der ganzen Verschleppung ist nur die bisherige Politik des Reichskanzlers schuld.

Die Finanzkommission des Reichstages beriet gestern den vorgefertigen grundräßig angenommenen Entwurf der Subkommission im Einzelnen. Dabei fiel die gestrige Mehrheit bei jedem Paragraphen auseinander. Bei § 1, der eine Erhöhung des Gerichtszolles bringt, beantragten die Konserwativen eine erhebliche weitere Erhöhung als die Subkommission. Gegen ihren Antrag stimmt das Zentrum, gegen den Antrag der Subkommission die Konserwativen und es fällt der ganze § 1. Beim Wertzuschlag im § 1 a beantragen die Konserwativen anstatt des Wertzuschlags von 30 Prozent, wie ihn die Subkommission vorgeschlagen hatte, erst 70 dann 50 Prozent einzulegen. Beides wird abgelehnt. Schließlich wurde der Vorschlag der Subkommission angenommen. Bei der Inlandssteuer, die nach dem Vorschlag der Subkommission von 45 auf 50 Pf. erhöht wird, beantragt ein Zentrumsvorredner, und zwar im Interesse des norddeutschen Labaks, eine Erhöhung auf 60 Pf. Hiergegen wird von den Süddeutschen lebhaft protestiert. Der badische und elsass-lothringische Regierungsvertreter sprechen gegen, der preussische Regierungsvertreter für den Antrag. Der Schatzsekretär erklärt, es bestehe hier ein wirtschaftlicher Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland und man müsse es dem Bundesrat überlassen, ihn auszugleichen. Dagegen wird vom Zentrumsvorredner festgestellt, daß die süddeutschen Regierungen gegen eine Erhöhung von Reichseinnahmen stimmen. Deshalb hätten auch die Parteien das Recht, Finanzvorlagen der Regierung abzulehnen. Schließlich wurde ein Vermittlungsvorschlag von 54 Pf. Inlandssteuer angenommen. Bei den Uebergangsbestimmungen wurde auf Antrag der Konserwativen der Termin der Nachvervollung über den Vorschlag der Subkommission (1. März) hinaus auf den 1. Januar 1909 zurückdatiert und die Sätze der Nachvervollung erheblich erhöht. Als es dann zum Schlußparagraphen kommt, der vom Inkrafttreten des Gesetzes handelt, erklären die Konserwativen, Freisinnigen und Nationalliberalen sämtlich, daß die gefassten Beschlüsse sie in keiner Weise befriedigen, und daß sie von der zweiten Lesung eine Lösung in ihrem Sinne erhoffen. Unter allseitiger Zustimmung wurde dann beschlossen, jetzt zunächst die Bänderrolle zur Verhandlung zu stellen, um darin Klarheit zu schaffen. Morgen steht auf der Tagesordnung: Bänderrolle und Finanzgesetz.

Reichsfinanzreform betr. In parlamentarischen Kreisen wurde gestern wieder mit Bestimmtheit angedeutet, daß zwischen dem Fürsten Bülow und den Konserwativen neue Verhandlungen im Gange seien, die aller Voraussicht nach zu einer Verständigung führen würden. Als das Opfer, das Bülow für das neue Kompromiß zu bringen bereit sei, wird der Reichsfinanzsekretär Sydow bezeichnet, der schon in naher Zeit einen Nachfolger Mak machen soll. So berichtet das „Berliner Tageblatt“. Das ist wohl nicht recht ernst zu nehmen. Wir wissen nicht, warum die Konserwativen gerade darauf verfallen sein sollten, Sydow wegzubringen. Man sieht auch nicht ein, was es nützen soll, wenn Sydow weg ist. Auch sonst geben allerlei unkontrollierbare Gerüchte herum, die lediglich beweisen, daß noch immer dieselbe Unklarheit herrscht wie bisher.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Bei der Zwei-Kaiser-Begegnung am nächsten Freitag in Wien werden von Deutschen Kaiser und Kaiser Franz Josef Loaste bedeutsamen politischen Inhalts gesprochen werden, deren Text bereits feststeht. Die Gelegenheit dazu bietet das Galaabend, das am Freitag abend in der Hofburg zu Ehren des Deutschen Kaisers gegeben wird.

Italien.

Genossen als Arbeitgeber. In dem italienischen Städtchen Sesto Fiorentina haben die Sozialdemokraten ein „Volkshaus“, mit dem eine sozialdemokratische Genossenschaftsbücherei verbunden ist. Der Direktor dieser Unternehmung ist der sozialdemokratische Bürgermeister dieses gelegenen Ortes. In der Bücherei arbeiten fünf organisierte Genossen. In der letzten Zeit hat die Arbeit in dieser Bücherei derartig zugenommen, daß man beinahe zwanzig Zentner Brot täglich bereitet. Die

Arbeiter beklagen sich nun bei der Direktion über die Arbeiterüberbürdung und fordern, daß ein sechster Arbeiter angestellt wurde. Die Direktion, der auch der sozialdemokratische Gemeinderat Politik und andere Hänglinge der Sozialdemokratie angehören, weigerten sich, diesem Wunsche der Arbeiter zu willfahren. Da aber die Arbeiter auf ihrer Forderung beharren, nahm die sozialdemokratische Direktion ihre Zuflucht zu einem sehr bourgeoismäßigen Mittel, sie jagte die Arbeitergenossen davon. Umsonst berieten sich die Arbeiter auf die Grundzüge der Partei. Die sozialdemokratische Direktion ließ Arbeiter aus Florenz kommen, um die davongejagten Genossen zu ersetzen. Mit den Hinausgeworfenen liegen zugleich auch die heiligen Parteiprinzipien auf dem Pflaster.

Türkei.

Ueber die Vorgänge in der Türkei wird vom 12. Mai aus Konstantinopel gemeldet: Die Truppen der alten Garnison, die Marineoldaten und Artilleristen sind gestern nach Saloniki geschafft worden, wo sie bei Begegnungen verwendet werden.

Einige Deputierte des armenischen Patriarchats legten dem Großvezier und dem Minister des Innern Telegramme vor, in denen die Lage der Christen in den armenischen Provinzen noch immer als bedrohlich geschildert wird. Die Minister verprechen die Hilfe und Sicherheit baldigst herzustellen.

Die österreichische Gnischädigungssumme von 2 1/2 Millionen Pfund liegt jetzt auf der ottomanischen Bank zur Verfügung der türkischen Regierung.

Gestern fällt das Kriegsgericht 25 Todesurteile. Unter den Verurteilten befinden sich mehrere Soldaten als Offiziersmörder, einige Offiziere und Hochgrad als Aufwiegler und eine Anzahl Matrosen, die den Kommandanten eines Panzerschiffes ermordeten. Heute bei Tagesanbruch sind in verschiedenen Stabteilern, darunter in dem in der Nähe des Bildis gelegenen Viertel Bishaktsch etwa 20 Personen hingerichtet worden.

In der asiatischen Türkei wird ein gefährlicher Aufruhr der Feinde der Jungtürken verbreitet, der alles hervorrufen, was den muslimanischen Fanatismus aufzuwecken kann. So wird betont, daß die Abiegung des Khalifs von einer Versammlung beschlossen wurde, in der Griechen, Armenier, Juden, Bulgaren und Serben den Ausschlag gaben. Der Aufruhr selbst, die schlimmsten Feinde des abgeleiteten Sultans mühten darüber erbitert sein, daß eine Deputation, die in der Mehrheit aus Armeniern, Juden und Griechen bestand, dem Sultan die Abiegung verkündete. „Die nichtmuslimanischen Freiwilligen waren es“, so heißt es ferner, „die unsere gläubigen Soldaten hingerichtet.“ — Offensichtlich müssen die Christen diese Tatsache nicht zu teuer bezahlen.

Ein neues Preßgesetz für die Türkei. Die Kammer begann die Beratung des neuen Preßgesetzes und nahm einen Antrag an, daß die für die Zeitungen verantwortlichen zeichnenden Redakteure die ottomanische Staatsangehörigkeit besitzen müssen. Ueber den Antrag, als verantwortliche Redakteure nur solche Personen zuzulassen, die ein akademisches Diplom besitzen, entspann sich eine heftige Debatte, worauf die Sitzung unterbrochen wurde.

Frankreich.

Zum Postbeamtenstreik wird aus Paris vom 12. d. M. gemeldet: Allem Anschein nach scheint die Ausstandsbewegung ins Wasser zu fallen, denn es streiken nicht ein Zehntel der Postbeamten und Unterbeamten. Der Betrieb ist fast überall ohne Störung weiter geführt worden und bis jetzt hat sich die Streikbewegung kaum fühlbar gemacht. In der Provinz, speziell Marseille, Lyon und Bordeaux wickelt sich der Verkehr bis jetzt in normaler Weise ab. Nichtsdestoweniger erklärt das Streit-Komitee, mit dem bisherigen Resultat zufrieden zu sein und kündigt innerhalb der nächsten 48 Stunden vollständige Rahmlegung des ganzen Betriebes an. Das Komitee rechnet besonders auf die Provinz.

Im hiesigen Zentralamt streikten heute morgen von 700 Angestellten nur 80. Es kam zu einigen Kundgebungen, die jedoch sofort unterdrückt wurden. In verschiedenen Nebenpostämtern fehlten von 1800 Beamten im ganzen 80. Auf den Bahnhöfen streikten 35 Briefsortierer. Auf dem Wörten-Postamt waren alle Angestellten anwesend.

Für heute abend ist eine neue große Versammlung einberufen, in der die Delegierten der verschiedenen Syndikate sich mit den Aufständigen solidarisch erklären wollen. In Dünkirchen streikt ein Teil der Matrosen. Zwei Dampfer konnten nicht abfahren. In der Gegend von Nancy ist ein Teil der Bergleute infolge Entlassung einiger Kameraden in den Ausstand getreten. Die Ruhr wurde bisher nicht gestört.

Im Namen der Regierung ergriff in der gestrigen Kammerführung der Warentminister Parthou das Wort und sagte: Sollte die Kammer zögern, unsere Haltung zu billigen und von uns die Zurückziehung der verfügten Maßregeln verlangen, so würden wir die Regierungsgewalt abtreten, denn wir sind vor allem bedacht, die Lebensinteressen der Nation zu schützen. Diese Worte des Ministers wurden von donnerndem Beifall begrüßt. Die Kammer beschloß

hierauf die Fortsetzung der Debatte auf nächsten Donnerstag zu vertagen. Nach Aufhebung der Sitzung stimmten mehrere sozialistische Abgeordnete die Internationalen an.

Das „Journal“ berichtet, daß der Dienst auf allen Pariser Postbüros normal verlaufen werde, selbst bei einem vollständigen Streik des Personals. Es seien auch Vorkehrungen getroffen worden, daß die Telegramme ohne große Verzögerung speidiert werden. Ein Regiment Infanterie werde die Gensetruppen von Versailles verstärken und heute bei der Abfertigung der Post verwendet werden. Der „Matin“ meldet, daß dritte, in Arras garnisonierende, Genseregiment habe Befehl erhalten, alle Militärfeldposten, über die es verfügt, nach Paris zu senden, so daß die Zahl der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Militärfeldposten sich auf 500 belaufen würde. Alle Postbüros sind militärisch besetzt; die Leitungsbüros werden streng überwacht, um ein Durchschneiden der Telegraphen- und Telefondrähte zu verhindern.

Die Pariser Handelskammer hat im Einklang mit den Handelskammern in der Provinz eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um den Transport der Handelskorrespondenz zu sichern. Die Präzedenz der verschiedenen Departements haben zu gleichem Zweck einen Automobildienst eingerichtet. Truppenabteilungen bewachen die Übergangsstellen. Eine Reihe Beamte der Wegeverwaltung haben bereits den Eid abgelegt, um eventuell sofort als Briefträger eintreten zu können.

Gestern abend versuchte eine Anzahl Briefträger ihre Kameraden zu veranlassen, den Dienst einzustellen. Die Schuldigen wurden auf Befehl des Unterstaatssekretärs ihrer Leiter entbunden. Auf den verbleibenden Bahnhöfen fehlten heute Morgen etwa 10 Prozent des Fahrpersonals. Das Hauptpostamt ist seit 2 Uhr nachts von Soldaten umgeben. Am 3 Uhr wurden Militärposten vor der Pforte aufgestellt. — In Vorbereitung beschlossen gestern abend die Postbeamten, sich den Ausständigen anzuschließen.

Das Verbandskomitee der Post- und Telegraphenbeamten hat in der letzten Nacht folgende neue Kundgebung durch Maueranschläge anbringen lassen. Kameraden! Das Schicksal der Gemäßigten und verfolgten Kameraden liegt in unserer Hand. Die Zukunft und das Gelingen unserer Organisation sind der Preis des begonnenen Kampfes. Erhebt Euch zum Widerstande zur Erlangung größerer Freiheit.

Rußland.

Zur Lösung der Ministerkrise wird aus Petersburg gemeldet, daß das Verbleiben Stolypins im Amte keineswegs nur ein einseitiges, sondern die endgültige Lösung der Ministerkrise sei. Auf ausdrückliches Geheiß des Zaren behält Stolypin auch weiterhin seine Stellung und gibt nur das Portefeuille des Innern ab, das sein Gehilfe Kurlow übernehmen dürfte.

England.

Der Versuch in England, die Resolution zum Budget, die eine Erhöhung des Zolles auf Importier um drei Prozent für je 36 Gallonen vorsieht, wurde angenommen.

Afrika.

Die Vereinigten Staaten von Libyen. Aus Bloemfontein wird gemeldet: Nachdem die Verfassung für das vereinte Südafrika mit einigen Abänderungen endgültig einstimmig angenommen worden ist, haben sich die Delegierten in ihre Heimatkolonien begeben. Die wichtigste Abänderung ist die, daß die Provinzgrenze nur für einen Monat drei oder mehr Abgeordnete, wie die Vorgabe vorlag, ernennen sollen.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Am nächsten Sonntag finden die Jubiläumsfeierlichkeiten in Offenburg, Madelfingen und Neuenburg bei Salem statt.

St. Margarethen. Sonntag nachmittags fand hier die Grundsteinlegung der neuen katholischen Gemeindekirche für St. Margarethen statt, wobei Herr Dehon selbst den ersten Hammerhieb tat und die kirchliche Weihe erteilte. Die Feste wird der frühere Kurat von Wädlingen, Herr Willmann.

Wannheim. (Aus dem Ortskirchenrat.) Voranschlag für das Jahr 1909 der katholischen Kirchengemeinde Wannheim ausschließlich der Vororte. Es sind eingestellt für den Bauaufwand für die Kirchen und Pfarrhäuser, Zinsen für Kaufkapitalen z. z. insgesamt 123.441 Mk. Ferner werden angefordert für Belohnung der niederen kirchlichen Bediensteten 11.495 Mk., für sonstige örtliche Kirchenbedürfnisse 10.510 Mk., zusammen 145.446 Mk.

Laubersheim. Die hiesige Stadtkirche, ein aus dem 13. Jahrhundert stammendes Bauwerk, wird jetzt niedergebaut, um einem Neubau im gotischen Stil zu weichen. Der schöne schlanke Turm dagegen soll auch für die neue Pfarrkirche erhalten bleiben. Unlängst wehte der Konservator der Altstädter in Großherzogtum, Herr Oberbaurat Dr. v. Kircher aus Karlsruhe, hier, um die wertvolleren Kunstwerke in der seitlichen Stadtkirche aufnehmen und photographieren zu lassen. Besondere Kunstwerke befinden sich an dem herrlichen gotischen Hochaltar.

Wamburg, 8. Mai. Herr Erzbischof Dr. v. Herzog will am 14. oder 15. Mai dahier eintreffen und am Fest Christi Himmelfahrt bereits das heilige Sakrament der Firmung spenden. Wälder vollzog der Bischof von Würzburg während der Erkrankung des Wamburger Kirchenfürsten diese oberhirtliche Funktion.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 13. Mai 1909.

Groß. Volkstheater. Am Freitag den 14. Mai beginnt die geschlossene Aufführung des Wagnerischen Bühnenfestspiels „Der Ring der Nibelungen“ im Jahresabonnement. „Wiegand“ (14. Mai) wurde der ungeraden Tour der Abteilung A (A 59), „Die Walküre“ (17. Mai) der geraden Tour der Abteilung B (B 62), „Siegfried“ (20. Mai) der geraden Tour der Abteilung A (A 60) und „Götterdämmerung“ (22. Mai) der geraden Tour der Abteilung C (C 60) zugeteilt. Die Uraufführung des Dramas „Vorfrühling“ von Caroline Woerner ist für den 21. Mai in Aussicht genommen. Das Englische Theater, welches im Anschluß an die Festscheine in Wiesbaden auch in Darmstadt, Frankfurt und Mannheim gastiert, führt bei seinem am 19. Mai hier stattfindenden Gastspiel den Schwan „M. Gopkinson“ von Garton auf. Für die nächste Zeit ist in der Ober neben der Neuaufführung von „Cornelius“ „Der Barbier von Bagdad“ die Aufführung von „Waffenst. Manon“ geplant. Das Schauspiel wird Anfangs Juni „Geographie und Liebe“ von Björnson bringen.

Asien.

Die Loge und die Revolution in Persien. Nachdem das Freimaurertum sich bei der jungtürkischen Bewegung hervor tat, sollen auch auf dem Felde der persischen Revolution Vorbeeren für das Logentum gemacht werden. Zwei Delegierte sind nach Persien geschickt worden, um auch dort neue Logen zu gründen. „L'Avanture d'Italia“ erzählt:

„Vor einigen Tagen sind aus Rom zwei „Venerable“ des Großorient, ein Abgeordneter und ein Bankier, die sehr bekannt sind durch ihre internen Beziehungen zum Palaste Ghiniani, nach Persien abgereist. Von einem zu Dieren in Rom abgehaltenen internationalen Kongresse der Logenmitglieder erhielten diese Herren den Auftrag, zu Teheran und zu Tabriz zwei Freimaurerlogen zu gründen, um auf diese Weise die revolutionäre Bewegung in Persien zu beleben. Die italienischen Freimaurer, in ihrem Eifer verriet durch die Größe, die ihre französischen Brüder in der jungtürkischen Bewegung erreicht haben, hatten sich auf dem Orientreise befaßt, daß sie bei großen Ereignissen zu viel zurückgeblieben wären. Der Auftrag der beiden von Großhöhen zu Rom angewiesenen Herren zu Teheran, scheint ein Erfolg für die Zurückführung zu sein. Welchen Erfolg diese Sendung haben wird, wissen wir nicht; ich bemerke bloß, daß die Loge, ebenso wie in der Türkei, die Revolution unterstützt. Und wenn Persien eine Verfassung erhält, wird die Loge sich rühmen, daß das ihr Werk gewesen ist. Hieraus wird sie einen doppelten Vorteil ziehen: es wird der Einfluß der Loge in politischen Angelegenheiten, der in der letzten Zeit in vielen Ländern zurückgegangen ist, größer werden und zweitens will die Loge hierdurch einen Beweis ihrer Ungezügeltigkeit geben in ihrer Arbeit zugunsten der Völker.“

Daß auch die Finngen der Logenbrüder bei dieser Arbeit keinen Schaden leiden werden, geht schon daraus hervor, daß einer der nach Persien Entsandten ein Finngänger ist. Für die Verfassungsfrage kommen die Logenbrüder allerdings schon zu spät. Denn der Schah hat am letzten Montag bereits die Verfassung, die einst Mustafa Gadin dem persischen Volke verleiht, wieder hergestellt.

Ein neues liberales Kabinett ist in Persien ernannt worden. Saad ed Dauleh wurde in das Amt des Ministers des Äußeren wieder eingesetzt. Der Schah wies die Befehlshaber der Truppen in der Umgebung von Tabriz an, die Truppen zu entlassen. Auf Befehl des Schah sollen die Minister und eine Anzahl anderer gebildeter und liberaler Männer mit dem Staatsrat zusammenwirken, um ein Wahlgesetz anzuarbeiten, das möglichst bald in Kraft treten soll, damit die Wahlen mit möglicher Beschleunigung im ganzen Kaiserreich vorgenommen werden. Der Schah hat eine Amnestie für politische Verbrechen erlassen und verfügt, daß allen Verurteilten ohne jede Schwierigkeit Freiheit zur Heimkehr gewährt werde.

Amerika.

Der Präsident Roosevelt ist von einem einflussreichen Komitee für Ende 1909 zum Bürgermeister von New-York anzufragen. Man sieht sich dort nach einem starken Mann, der in der New-Yorker Stadtverwaltung mit der Korruption aufräumt. Dr. Roosevelt annehmen wird, erscheint fraglich, weil seiner literarischen Verpflichtungen.

Ein amerikanisch-französischer Zollkrieg ist in Sicht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat bereits mitgeteilt, daß sie auf ein Handelsabkommen mit Frankreich verzichtet werde.

Baden.

Karlsruhe, 13. Mai 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Bureau des Beamten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Herr Ludwig Bernhardt unter Verleihung der Amtsbezeichnung Stationskontrollor die etatsmäßige Stelle des Vorstehers eines Stationshauses zu übertragen; ferner den Geheimen Hofrat Professor Dr. Friedrich Endemann an der Universität Heidelberg zum Mitglied der literarischen Sachverständigenkommission für Vorträge, Baden und Hessen zu ernennen und den Professor Dr. Gerhard Nischky seiner Funktion als Mitglied dieser Kommission zu entheben.

In eigener Zuständigkeit wird dem Stationskontrollor Ludwig Bernhardt bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen das Stationsamt Wädlingen, und dem Stationskontrollor Karl Hörter bei der Wädlinger Verwaltung das Stationsamt Engen übertragen; ferner wird Stationskontrollor Eduard Bösch in Wädlingen nach Friedrichsheim und Stationskontrollor Karl Hörter in Wädlingen nach Friedrichsheim versetzt.

Mit Entlassung Groß. Oberinspektors wurde Reallehrer Jakob Bittich an der Real-Friedrichs-Gymnasium in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Wädlingen versetzt.

Eine Erklärung der „Bad. Landeszeitung“.

In Nr. 218 vom 12. Mai kommt die „Bad. Landeszeitung“ auf ihren Artikel in Nr. 213 vom 10. Mai über die Stellungnahme des Leipziger Philosophen Wilhelm Wundt zum Religionsunterricht in der Schule zurück. Unser geistiger Artikel darüber hat sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Auflassung der Redaktion der „Bad. Landeszeitung“ zu den Aussprüchen Wundts jedenfalls im national-liberalen Parteinteresse sehr unling war. Sie erklärt nun: „Der „Badische Beobachter“ zieht aus Äußerungen des Leipziger Philosophen Wilhelm Wundt, die in Nr. 213 der „Badischen Landeszeitung“ abgedruckt wurden, die Folgerung, daß sie für den von Wundt befürworteten konfessionellen Religionsunterricht eintritt. Es wird zugegeben, daß diese Folgerung gezogen werden kann, wenn man die zustimmende Meinung am Schlusse des Artikels auf die Ausführungen Wundts im einzelnen bezieht. Was gebilligt werden sollte, war die allgemeine Auffassung Wundts von der Volksschule als einer simultanen, dem konfessionellen Frieden dienenden Anstalt des Staates. Die Folgerungen, die Wundt speziell für den Religionsunterricht zog, wurden, wie das vorkommen kann, im Augenblick nicht richtig gewürdigt. Sie werden jetzt, wie ausdrücklich festgestellt wird, von der Redaktion abgelehnt. Am übrigen ist es nicht angeht, für einen lapsus der Redaktion der „Badischen Landeszeitung“ als Schuld die national-liberale Partei Badens verantwortlich zu machen. Diese lokale Erklärung wird vermutlich den „Badischen Beobachter“ veranlassen, sich nun auch seinerseits zu rechtfertigen.“

Die „Bad. Landeszeitung“ erklärt also, daß ihre Bemerkungen zu den Ausführungen Wundts nur eine Zustimmung zu dem simultanen Charakter unserer Volksschule überhaupt sein sollte. Wir erlauben uns dazu einige kritische Bemerkungen. Wundt hat sich nämlich in den von der „Bad. Landeszeitung“ zitierten Stellen nicht über die Simultanschule überhaupt,

sondern über den Religionsunterricht ausgesprochen. Die Bemerkung der „Bad. Landeszeitung“ konnte deshalb gar nicht anders verstanden werden, als wir sie verstanden haben. Auch hier es in der „Bad. Landeszeitung“:

„Es wird schwer halten, diese von einem weitsehenden Geiste getragenen und aus der Liebe zu Volk und Vaterland geborenen Ausführungen zu entkräften, deren wir uns in Baden namentlich je und je erinnern sollten und erinnern zu müssen in absehbarer Zeit wohl Gelegenheit haben werden.“

Bekanntlich haben wir die simultane Schule; ihr Bestand ist von keiner Seite angefochten. Der Zentrumsführer Wacker — wir stellen das ausdrücklich gegenüber einem Artikel der „Bad. Landeszeitung“, der anders behauptete, fest — hat im Jahre 1902 im Parlament erklärt, daß Zentrum werde an der Simultanschule nicht rütteln; überhaupt glaube er nicht, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes aus der Mitte des Parlaments angefordert werde, wenigstens so lange die Praxis der Schulverwaltung besser sei als die Absicht der liberalen Gelehrter der 60er und 70er Jahre, die das Schulgeseh schufen. Wenn also die „Bad. Landeszeitung“ davon spricht, daß man in Baden in absehbarer Zeit Gelegenheit haben werde, sich der Wundtschen Ausführungen über den Religionsunterricht „erinnern zu müssen“, dann konnte damit doch nichts anderes gemeint sein, als eben das, was wir hernach feststellen, daß nämlich die „Bad. Landeszeitung“ mit der Tendenz jener Ausführungen bezüglich der Einführung eines simultanen Religionsunterrichtes einverstanden sei.

Wir lassen jedoch trotzdem mit uns reden und schlagen der „Bad. Landeszeitung“ folgenden Kompromiß vor: Wir sind der Meinung, daß auf der Redaktion der „Bad. Landeszeitung“ politische Unstimmigkeiten herrschen und zwar diejenigen, wie auch sonst in der national-liberalen Partei. Während der eine Redakteur völlig auf dem Standpunkt von Professor Wundt steht, teilt der andere diese Anschauungen nicht. Und da kann es — wie in vorliegendem Fall — vorkommen, daß der Spezialredakteur einen Artikel bringt, der dem Hauptredakteur als lapsus erscheint, der im Interesse der Partei gemacht werden muß, während der Spezialredakteur sich durch seinen national-liberalen Standpunkt keineswegs veranlaßt sieht, seine Anschauung einer Revision zu unterziehen. Genau wie in der ganzen Partei. Man kann heute wirklich nicht mehr sagen, daß vertritt die national-liberale Partei, man muß vielmehr stets vorsichtig sein und diese und jene Äußerungen selbst liberaler Führer nur den einzelnen Personen zuschreiben, nicht als Meinung der Partei ausgeben. So ist es z. B. gerade mit der Trennung von Staat und Kirche. Dr. Oßfischer ist gegen Trennung von Staat und Kirche; viele Jungliberale sind für die Trennung, auch der Geheimrat Leuend in der ersten Kammer — national-liberal — ist für Trennung, ebenso die „Konst. Ztg.“, eines der angesehensten national-liberalen Organe, das sonst keineswegs zu der jungliberalen Richtung zählt. Es steht nicht mehr fest in der national-liberalen Partei. Sie ist unzuverlässig in allen aktuellen Fragen der Politik. Das ist aber eines der bedenklichsten Zeichen des Niederganges. Jetzt ist es bereits so weit, daß sogar die Mitglieder derselben Redaktion in Bezug auf wichtige Fragen entgegengesetzte Standpunkte vertreten.

Vom Schwelinger Kriegshauptplatz.

Die konservative Partei beabsichtigt, am Himmel-fahrtsfest nachmittags im Saale des „Erbspringen“ zu einem öffentlichen Versammlung zu halten. Ursprünglich hatte Pfarrer Karl-Freiburg sein Erscheinen zugesagt, da er jedoch infolge der Lösung seines Verhältnisses zum Diakonissenhaus während der Dauer der Kündigungszeit nicht ohne Not öffentlich auftreten möchte, so wird der als einer der Führer der „Karlisten“ in letzter Zeit häufig genannte Pfarrer Dr. Mery von Hohenheim an dessen Stelle erscheinen. Außerdem spricht noch Kandidatskandidat Generalsekretär Wilhelm Schmidt-Geidelberg.

Wenn es nach der national-liberalen Presse ginge, dann müßte Pfarrer Karl schon längst vernichtet sein. Als Kandidatskandidat ist er in Freiburg seine Karlede hielt, die nach dem Herrn selber und der national-liberalen Partei so unangenehm wurde, hieß es in der national-liberalen Presse, Karl sei politisch abgetan, libel habe ihm den Rest gegeben zc. Nun hat aber sicherlich kaum etwas mehr für Karl geübt, als gerade jene Freiburger national-liberale Versammlung, in welcher Karl vernichtet werden sollte unter Äußerung des national-liberalen Führers Dr. Oßfischer. Da Karl also politisch weiterlebte nach jenem Tötungsversuch, so mußte er neuerdings wiederum vernichtet werden. Diesmal gelang es in Hohenheim, nachdem es dem national-liberalen Kandidatspräsidenten nicht gelungen war, der national-liberale Kandidatsdirektor, und zwar Dr. Oßfischer selbst. Wir haben darüber bereits berichtet. Oßfischer sagte aber auch ausdrücklich, daß es sich für ihn und die national-liberale Partei um eine Vernichtung des Pfarrers Karl handle. Nach dem Wannheimer „General-Anzeiger“ Nr. 213 führte Dr. Oßfischer in seiner Rede aus: „Wenn jemand versuchen will, die national-liberale Partei zu vernichten, der muß sich gefallen lassen, daß wir jetzt den Versuch machen, ihn zu vernichten.“ Das starke Wort fand laut Bericht lebhaften Beifall in der Versammlung. Wir müßten uns jedoch sehr täuschen, wenn dieses starke Wort draußen in der politischen Welt nicht etwas lebhaften Beifall, sondern starke Mißbilligung finden würde. Wir glauben, daß das Wort ähnlich wirken wird, wie die Rede libels. Karl hat in seiner Proklamation davon gesprochen, daß die national-liberale Partei vernichtet werden müsse, d. h. eine politische Richtung, welche heute steif und veraltet sei; er hat dieses Wort nachträglich noch abgeschwächt. Dr. Oßfischer aber spricht davon, daß Pfarrer Karl vernichtet werden müsse; er sagt also, nicht die politische Richtung Karls müsse vernichtet werden, sondern er gibt seinem Ausspruch eine persönliche Wendung auf den Träger jener politischen Richtung. Er tut also das, was derselbe Oßfischer sonst unter lärmender Enttäuschung dem Zentrum vorwirft; er gibt dem politischen Kampf in Schweligen als Ziel die Vernichtung des dem National-liberalismus feind gewordenen Pfarrers Karl. Wenn das der erste Führer einer Partei tut, was werden dann erst die unter-

geordneten politischen Organe tun? Schon jetzt ist das, was die National-liberalen gegen Pfarrer Karl vorgebracht haben, meist Persönliches gewesen, wie soll das noch werden, bis der Höhepunkt der Mißbilligung eintritt? Wenn die Karlisten die Mißbilligung ausüben, die sich Dr. Oßfischer wiederum gegeben hat, dann wird auch diese gegen Karl gerichtete Aktion im eigenen Lager der national-liberalen Partei eine böse Verwirrung anrichten. Die National-liberalen werden neidisch durch die Gegner, die ihnen liberal selbst im eigenen Lager erbittert. Verwirrt ist aber ein schlechter Begleiter im Kampf. Den Vorteil hat der Gegner.

Kandidaturen.

Schweligen, 11. Mai. Das Agitationskomitee der demokratischen Partei beruft die linksliberalen Vertrauensleute des Bezirks auf den 20. Mai hierher zu einer Versammlung in die Glashalle des „Wilden Mann“ zwecks Proklamierung der demokratischen Kandidatur. Der freimaurer-demokratische Verein Schweligen hat schon im März einstimmig beschlossen, den bisherigen Vertreter des Bezirks, Herrn Hauptlehrer Jhrig in Mannheim, wieder in Vorschlag zu bringen. Mosbach. In dem jetzt konstitutiv vertretenen Wahlkreis Mosbach ist als national-liberaler Kandidat Landwirtschaftsinspektor Wetbauer angetreten worden.

(1) Liberale Kulturblüten.

Der „Grenzboten“ — nicht der „Norddeutscher Grenzboten“, der's eben so sein könnte, sondern der „Oberbadische Grenzboten“ in Wehring — in seiner Nummer vom 7. Mai u. a. folgenden Herzenserguß vom Stapel:

„Und da will uns ein solches Lügenblatt, das im Bezirk wegen seiner gemeinen Artikel bekannt ist, uns belehren. Der Heublattdirektor Zimmermann hält wohl uns Heubergern für Gauner für Sumpel, weil er glaubt, daß wir seine Artikel so rasch vergessen. Aber das Heublatz sollte es doch schon längst wissen, daß die Dummheit, die es auf dem Heuberg gibt, schon alle in seiner Hand sind, und daß wir uns von solchen Katholiken nichts brechen lassen, was wir lesen, die meinen, sie hätten die Religion allein gepachtet. Und wenn der Heublatz-Zimmermann noch so feil mit Gotteslächerung heuchelt, so wollen wir ihm noch fetter entgegengehen.“

Wenn einer, der im Glashaus sitzt
Auf andere Steine werfen will
Und sagt dabei, so daß er sich wagt,
So soll er sein sein.
Den Rosenkranz, den hat geschändet
Das Heublatz er hat vor kurzer Zeit,
Und wenn es jetzt das Blatt gewendet
Und dann immer dreht:
Der böse Grenzboten hat der Sünde,
So hält das Heublatz uns für Sünde
Und denkt dabei, wir wären dumme,
Indem es dreht die Sacke rum.
Den Schwimmbel aber merkt wir
Und verliert — das Heublatz vor die Tür,
Das sich erhebt, die Gräber zu schänden,
Den Rosenkranz höhnen und Schimpfwort
Verwenden.

Den altkatholischen Bapst nennt
Und lächerlich wie ein Hansbub flennt:
Das alles hat es nicht getan,
Der Grenzboten sei der böse Mann.
Wir aber leben die Heuchler,
Und folgen nicht dem Heublatzfrei.
Denn dumm sind wir noch lange nicht,
Für das uns hält der Heublatz nicht.“

Leber solche Leistungen kann man nicht mehr böse werden; denn sie zeigen, in welcher Geistesverfassung der Wehringer „Grenzboten“, über dessen laudationstrophischen Stil sich die Welt von Zeit zu Zeit amüsiert, hat einen würdigen Konkurrenten gefunden. Werfen muß man sich aber diese Leistungen eines badischen liberalen Blattes doch, weil die liberale Presse dann und wann sich als Lehrmeisterin des guten Tones auswirkt — natürlich für die böse Zentrumspresse! Ueber derartige liberale Stillübungen darf sich bei Leibe kein liberales Blatt entziehen. Wo käme die Partei da hin!

Kleine badische Chronik.

oc. Karlsruhe, 12. Mai. Der bad. Landesverband des deutschen Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien, seit 1. Januar 1909 unter dem Protektorat der Großherzogin Gilda, hielt am 8. d. M. seine erste, aus allen Teilen des Landes besetzte Vorstandssitzung in den Räumen des Museums ab. Der Verband hat seit seiner im vorigen Herbst erfolgten Begründung über 600 Mitglieder gewonnen. Er verfügt bereits über anscheinlich einmalige Beiträge bzw. Vermögenszuflüsse und laufende Einnahmen, die noch vermehrt werden sollen durch den Vortrag öffentlicher Vorträge, Konzerte, Konzertveranstaltungen. Organisierte Abteilungen bestehen in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Laub und Freiburg. Ortsgruppen finden sich in Wertheim, Weiten, Sinheim, Schoepfheim, St. Blasien und Konstanz. Es wurde beschlossen, als Landesaufgabe für Baden die Errichtung eines Gildastranzenhauses in Kammerung vorzubereiten.

Karlsruhe, 13. Mai. Nachgehende Kandidaten haben in diesem Jahre die Verwirklichung für den hochbedeutenden Dienst ordnungsgemäß beklunden und hierdurch gemäß § 8 der Landesverordnungen vom 8. Dezbr. 1883 das Prädikat „Vermeiner“ erlangt: Karl Albeder von Karlsruhe-Grünwinkel, Eugen Daur von Eppingen, Karl Deitich von Mannheim, Wilhelm Diemer von Laubersheim, Maximilian Gerhardt von Karlsruhe-Mühlheim, Otto Hermann von Dudenhöfen, Peter Hermann von Dossenheim, Eduard Hofmann von Duden am Horn, Emil Jita von Karlsruhe, Richard Kleiber von Friedewald, Philipp Kraft von St. Nigen, Eduard Rint von Mühl (u. Offenbura), Otto St. Nigen von Heidelberg, Friedrich Müller von Gengenbach, Alois Reichenbach von Freiburg-Jährigen, Karl Schaudt von Ragenhald, Leopold Seilling von Rhenau, Otto Schöpf von Baden-Baden, Wilhelm Schwärzel von Altheim, Karl Schilger von Schweligen, Friedrich Walter von Hohenheim, Leopold Benz von Söllingen, Gottlieb Widmer von Leinadalt, Friedrich Wieland von Karlsruhe-Mühlburg, Philipp Würthwein von Sedenheim, Eugen Zörner von Karlsruhe-Weierheim.

Wannheim, 12. Mai. Die Entwicklung der Verhältnisse in der deutschen Zuckerindustrie haben einer der ältesten Fabriken Mannheims den Untergang bereitet. Schon im Sommer vorigen Jahres wurde die seit 43 Jahren bestehende Mannheimer Zuckerfabrik an der vorwiegend württembergische Kapitalien beteiligt, und die Fabrik fast stets floriert, ihren Betrieb eingestellt, weil sie als reine Maschinenfabrik unrentabel geworden war. Der Betrieb des Mannheimer Zuckerwerks wurde durch die Zuckerfabrik Groß-Orrau durch einen Fusion mit der Zuckerfabrik Heitersheim und da eine Ende April aufgemachte Zwischenbilanz einen Verlust von 247.875 M.

MAGGI'S Suppen in Würfeln

sind unstreitig die besten!

zu 10 Pfg. für 3 Teller

Mehr als 30 Sorten. Jede Suppe hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack.



Vergabung von Bauarbeiten.

Für den Neubau des Doppelschulhauses in der Zudenstraße sollen die folgenden Arbeiten vergeben werden:

1. Zimmerarbeiten,
2. Klempnerarbeiten,
3. Schieferarbeiten.

Angebotsformulare, welche nach auswärts nicht versandt werden, sind beim städt. Hochbauamt, Rathaus, II. Obergesch., Zimmer Nr. 116 zu haben. Dasselbe sind auch die Zeichnungen, Muster und Bedingungen einzusehen und die Angebote bis

Mittwoch, den 19. Mai ds. J., vormittags 11 Uhr, dem Schluss der Ausschreibung, einzureichen.

Karlsruhe, den 1. Mai 1909.
Städt. Hochbauamt.

Dankfagung.

Für die überaus große und innige Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Sohnes

Wilhelm

sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichen und aufrichtigsten Dank. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Schäfer,
Geh. Kabinetsdiener.

Karlsruhe, 10. Mai 1909.

Fahrrad-Reparaturwerkstätte

P. Eberhardt

Amalienstr. 18, Teleph. 1304

empfehlen sich zur Übernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zu gründlicher Reinigung und Instandsetzung sehr beste Gelegenheit. — Emailierung, Vernickelung. — Neue Pneumatik und Zubehörteile aller Art. — Preisnachlass für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder aufgestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt.

Kaffee!

gebrannt

hervorragend in Qualität

empfehlen von Mk. 1.20 an bis Mk. 2.— per Pfund.

W. Erb, am Lidellplatz.

Proben gratis und franko.

Metallputz

Putzin

ist die beste

Flüssige

Fritz Schulz, Inh. Akt. Ges. Leipzig

Angartenstraße 27

ist der 4. Stock von 4 Zimmern, Küche, Pantry und Keller auf 1. Juli oder früher billig zu vermieten. Näheres im I. Stock.

Lyoner Foulards, Wollmousseline, Wiener Zephyr, Leinen, weiss und farbig, Bestickte Batiste, Halbfertige Roben etc. etc.

Bekanntmachung.

Nr. A. 3076. Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf

Freitag, den 14. Mai ds. J., nachmittags 5 Uhr,

in den großen Rathssaal ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Herstellung des Nordbeckens des städtischen Rheinhafens, Verlängerung der Ufermauer und Errichtung einer weiteren Werfthalle.
2. Erhöhung des Kredits zur Gewinnung von Plänen und Kostenschätzungen für die Um- und Neubauten im städtischen Schlacht- und Viehhof.
3. Errichtung einer mechanischen Rotsförderungsanlage im östlichen Gaswerk.
4. Herstellung eines Gasrohrstranges vom östlichen nach dem westlichen Gaswerk.
5. Erhöhung der ordnungsmässigen Zahl der Bürgermeister.
6. Herstellung von Straßen der Sinner-, Neubrück- und Wühlburger-Straße im Stadtteil Grünwinkel.
7. Ankauf eines Grundstücks der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe in der Beierthemer Allee.
8. Vereinbarung neuer Satzungen der Gewerbeschule mit dem Großherzoglichen Landesgewerbeamt.
9. Einrichtung von Blechschürzen an der Gewerbeschule.
10. Errichtung der Stelle eines volkswirtschaftlichen Schulabnehmers.

Vor der Sitzung — von halb 5 bis 5 Uhr — findet die Wahl eines Stellvertreters für den infolge Wegzugs von hier aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Stadtverordneten, Herrn Bierbrauer Johannes Thierer, statt.

Karlsruhe, den 22. April 1909.
Der Oberbürgermeister:
Siegrist. Lacher.

Bekanntmachung.

Nr. A. 3077. Die Wahl der Stadtverordneten betreffend.

Gemäß § 39 Absatz 2 der Städteordnung hat der Bürgerausschuss für den aus dem Amte geschiedenen Stadtverordneten, Herrn Bierbrauer Johannes Thierer, gewählt von der III. Wählerklasse, für die Zeit bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Bürgerausschusses einen Stellvertreter zu wählen.

Zu dieser Wahl, welche

Freitag, den 14. Mai ds. J., nachmittags von 4 1/2—5 Uhr,

im großen Rathssaal stattfindet, laden wir sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses ergebenst ein.

Wählbar sind alle Stadtbürger, deren Bürgerrecht nicht ruht, mit Ausnahme:

- a) derjenigen Beamten und Mitglieder von Behörden, welchen die staatliche Aufsicht über die Stadt übertragen ist;
- b) der Stadträte und
- c) der besoldeten Gemeindebeamten.

Karlsruhe, den 22. April 1909.
Der Stadtrat:
Siegrist. Lacher.

Stadtgarten.

Morgen, den 14. Mai, nachmittags 4 Uhr:

Freitagskonzert

gegeben von der Kapelle des

Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“

(I. Badisches) Nr. 14

Leitung: Königl. Obermusikmeister H. Lüss.

Abonnenten 30 Pfg.
Eintritt: Nichtabonnenten . . . 50 Pfg.
Soloblen und Kinder je die Hälfte.
Programm 10 Pfg.

Die Konzertabonnementskarten haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

NB. Das Programm enthält beliebte Melodien aus: „Die weiße Dame“, „Die lustigen Weiber von Windsor“, „Offenbach's „Hoffmann's Erzählungen“, „Gar und Zimmermann“, „Gosparone“, „Frühlingsluft“, „Wintermärchen“, Potpourri „Im siebenten Himmel“ usw.

Kath. Kirchenchor St. Bonifatius Karlsruhe (Cäcilienverein).

Sonntag, den 16. Mai,

„Ausflug“

über Klingenberg—Walden—Ziefels nach Annweiler.

Abfahrt vom Wühlburgerbahnhof 5 Uhr 22 Min. morgens. Ankunft in Karlsruhe 10 Uhr 43 Min. abends. Wir beehren uns, unsere Mitglieder zur zahlreichsten Beteiligung freundlichst einzuladen. (Wunderbar mitnehmen. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.) — Einzahlungsgliste liegt auf bei Herrn Kaufmann Kins, Ecke Sofien- und Schillerstraße, bis Donnerstag, den 13. Mai (abends), daselbst wird auch nähere Auskunft erteilt.

Karlsruhe, den 7. Mai 1909. Der Vorstand.

Katholischer Männerverein Constantia.

Am 16. Mai unternimmt unsere Gesangsabteilung ihren Sängers-Ausflug, Bähl—Oberal (daselbst Frühgottesdienst) Schwannental—Wintered—Schartenberg—Kiental, wobei das Mittagessen im Gasthaus zum „Weinberg“ bestellt ist. (Gebet W. 1.80). Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt W. 1.95. Abfahrt ab hier (Hauptbahnhof) erfolgt 5 1/2 morgens.

Unsere verehrlichen Mitglieder und deren Angehörige sind hierzu freundlichst eingeladen und werden Anmeldungen in der Geschäftsstelle des „Vab. Beobachters“ entgegengenommen. — Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Karlsruhe, 8. Mai 1909. Der Vorstand.

Carl Büchle

Inh. A. Schuhmacher

Kaisersstrasse 149. Telephon 1931.

Für kirchliche Männerchöre, Seminarien und Konvikte.

Sieben erschienen:

Diebold, J., 25 deutsche und lateinische Gesänge.

Für kirchliche Männerchöre, Seminarien und Konvikte. Opus 71. 4^o (VIII u. 24 S.) M 1.50

Es werden für genannte Chöre mit ihren mannigfaltigen kirchlichen und ausserkirchlichen Anlässen Kompositionen meist im einfachen vierstimmigen Satze geboten.

Verlag von Herder zu Freiburg i. Br. — Durch die Unterzeichneten zu beziehen.

Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt.
Karlsruhe, Herrenstr. 34. Herder'sche Buchhandlung.
Tauberbischofsheim. F. X. Bott'sche Buchhandlung.

Einladung

zur

öffentlichen Versammlung

der

Kathol. Kirchengemeindevertretung Karlsruhe

auf Dienstag, den 18. Mai 1909, nachmittags 3 Uhr,

im oberen Saale des Café Nowak.

1. Wahl eines Stellvertreters für den Vorsitzenden der Kirchengemeindevertretung.
2. Bauliche Unterhaltung der Viehfrauenkirche.
3. Vorlegung der Kirchensteuerrechnung für das Jahr 1908.
4. Beitrag zu den Baukosten der St. Bonifatiuskirche aus Driskirchenfeuermitteln und Aufnahme eines Anlehens zu diesem Zwecke.
5. Gehalt des Kirchensteuerkassiers.
6. Feststellung des Kirchensteuervorschlags für das Jahr 1909.

Karlsruhe, den 12. Mai 1909.
Stiftungsrat der katholischen Gesamtkirchengemeinde.
Rudrzer.

Kneipp'sche Kur

Jordanbad

in der ersten großen ärztlich geleiteten Kneipp'schen Wasserheilanstalt bei Eberach (Württemberg), Bahnlinie Ulm-Friedrichshafen.

Komfortable neue Einrichtung, neue vortreffliche Betten. Elektr. Licht. Mäßige Preise. Vorzügliche Verpflegung mit Zimmer I. Klasse und Licht von 4.40 Mk. an. II. Klasse von 2.60 Mk. an. Prospekte kostenfrei durch die Kurärzte: Dr. F. W. Stäble und Dr. Chmann und die Badeverwaltung (Schweizer Stäble).

Carola-Quellen

reinigen die Nieren.

Zur Frühjahrskur trinken Sie bei Störungen der Nierenfunktionen und der Harnorgane, Steinleiden und Gicht täglich frühmorgens 1 fl. Carola-Heilquelle; 10 Flaschen genügen, um Sie vom Erfolg zu überzeugen. Fragen Sie Ihren Hausarzt! In allen Apotheken u. bess. Mineralwasserhandlungen erhältlich.

sowie in der Mineralwasser-Verwaltung, Luz & Zimmer, Ziefel 30, Tel. 255, und in der eigenen Niederlage: H. Müller, Karlsruhe-Wühlburg, Rheinstr. 42, Tel. 1233. Prop. durch Carolabad, A.-G., Rappoldsweiler, Südbwg.

Die große

Freiburger Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung des Münsters zu Freiburg i. Breisgau. :

Ziehung am 25., 26., 27. und 28. Mai 1909

Loose zu Mk. 3.30.

Porto und Liste 20 Pfg. extra. ::: Nachnahme 20 Pfg. teurer empfängt die

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters“, Karlsruhe, Nr. 42 Adlerstraße Nr. 42.

Aerztl. Praxis.

Jungen, vermögendem, katholischen Arzte ist Gelegenheit geboten zum Erwerb einer Praxis und Heirat. Angebote unter Nr. 436 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Pianino,

neuen, Fabrikat ersten Ranges, wird zu wirklich billigen Preis verkauft.

Mitterstraße 11, parterre, zwischen Krieg- und Gartenstraße.

Preislagen

in

Herrenstiefeln:

Wichaleder 7.—, 8.— Mk., Rindboxleder 9.— Mk., Boxkallleder und Chevreauleder 10.—, 10.50 und 12.— Mk. und in Goodyear-Welt (Rahmenware) 12.50 und 14.50 Mk., in Haken-, Schnallen- und Zugstiefel, alle Formen und alles vom Guten das Beste nur beim billigsten

Schuh-Bruder,

Amalienstrasse 25 a,
bei Waldstrasse-Ecke.

Trauringe

D. R.-Patent ohne Lötlage, in jeder Façon, nach Gewicht am billigsten bei

B. Kamphues

Uhrmacher und Juwelier,
Karlsruhe, Kaiserstrasse 207,
Telephon 2458.

Handschuhe, Krawatten, Gürtel, Schirme,

anerkannt vorzügliche Qualitäten, empfehlen

Ludwig Oehl

Nachfolger
Karlsruhe
Kaiserstrasse 112.

Messing- und Kautschuk-Stampel, Siegel-Schilder, Gravirungen aller Art.

Mühlburg,

Abstrafe.

Bannenbäder.

Täglich, auch an Sonn- und Feiertagen.

Anfängern wird gründlicher Klavier-Unterricht erteilt. Die Stunde 60 Pfg.

Girschstraße 46, 4. St.

Für 16jährigen Jungen,

Realgymnasial, der infolge Krankheit seit drei Jahren keine Schule mehr besuchte, nun aber vollständig hergestellt, das Veräumte nachholen muß, wird

Aufenthalt bei energischem, kath. Geistlichen

(Land, Waldgegend) gesucht, der ihn durch Privatstunden zum Einjährigen vorbereitet. Genügende Bezahlung und gute Verpflegung Bedingung. Angebote unter Nr. 435 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei Mädchen oder jüngere Frauen

finden in unserer Wäschabteilung dauernde Beschäftigung.

Städt. Krankenhaus Karlsruhe.